

Gesprächsprotokoll zum Informationsaustausch zwischen

den Bundestagsabgeordneten der SPD Martina Stamm-Fibich und Gabriela Heinrich

und

den Mitgliedern des Arbeitskreises „Aktiv für den Frieden“ im Erlanger Bündnis für den Frieden

Manfred Diebold, Manfred Kirscher, Frank Krawolitzki und Isa Paape

am 01.04.2015

im Wahlkreisbüro von Martina Stamm-Fibich, Friedrich-List-Straße 5, Erlangen

Thema: Offener Brief „Verantwortung übernehmen für den Frieden!“ des Arbeitskreises „Aktiv für den Frieden“ im Erlanger Bündnis für den Frieden

In Reaktion auf den Brief „Verantwortung übernehmen für den Frieden!“, den der Arbeitskreis an alle Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region verschickt hatte, lud Martina Stamm-Fibich VertreterInnen des AK zum Informationsaustausch in ihr Wahlkreisbüro ein.

Auf ihren Wunsch hin war auch die Abgeordnetenkollegin Gabriela Heinrich (Wahlkreis Nürnberg) anwesend. Gabriela Heinrich ist Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Gesprächsinhalte:

1. Vorstellung des Arbeitskreises „Aktiv für den Frieden“ im Erlanger Bündnis für den Frieden. Unter verschiedenen Namen und mit unterschiedlicher Besetzung existiert das Erlanger Bündnis für den Frieden seit Jahrzehnten. Die beteiligten Organisationen verstehen sich als Teil der bundesweiten Friedensbewegung und setzen sich ein für eine Welt ohne Kriege, für zivile Konfliktlösungen und Abrüstung. Im Bündnis werden mögliche gemeinsame Veranstaltungen koordiniert und der Informationsaustausch gepflegt. Der Arbeitskreis ist Teil des Bündnisses, wird aber in eigenem Namen tätig, wenn kurzfristig erforderliche oder kontrovers diskutierte Aktionen eine langwierige Abstimmung mit allen Organisationen nicht erlauben.
2. Martina Stamm-Fibich ist Mitglied im Petitionsausschuss und im Ausschuss für Gesundheit. Da die Nürnberger Fraktionskollegin Gabriela Heinrich in Ausschüssen mit eher außenpolitischen Themen befasst ist, darunter auch Auslandseinsätze der Bundeswehr, stimmt sich Martina Stamm-Fibich in militär- und rüstungspolitischen Fragen eng mit ihr ab. Insbesondere vor der Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr im Süd-Sudan sowie vor der Beratung der Petition zum Verbot von Rüstungsexporten habe sie sich mit Gabriela Heinrich beraten.
3. Gabriela Heinrich stellt eine Übersicht der aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit Stand 19.08.2015 vor. Enthalten sind auf der Liste Beteiligungen an 19 Einsätzen, darunter 3 zivile UN-Missionen, 4 bewaffnete Friedensmissionen der UN, 7 bewaffnete Missionen der EU und 4 bewaffnete NATO-Einsätze. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Zustimmung des Bundestags nur bei Beteiligung an bewaffneten Einsätzen nötig ist. Am Beispiel der UN-Missionen streicht Gabriela Heinrich das Ziel heraus, den Schutz der

Menschen in den jeweiligen Krisengebieten zu sichern. Diese UN-Missionen zum Schutz der Menschenrechte würden von verschiedenen Ländern unterstützt, auch von der Bundesrepublik Deutschland. Solch ein Einsatz sei etwa UNMISS im Süd-Sudan, der im November 2014 vom Bundestag verlängert wurde, und an dem derzeit ca. 16 Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind.

Bezüglich des von der Bürgerinitiative „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ geforderten Verbots des Rüstungsexports vertritt Gabriela Heinrich die Position des Ministers Sigmar Gabriel. Beratung und Entscheidung über Rüstungsexporte sollte nicht wie bisher beim Wirtschaftsministerium, sondern beim Außenministerium liegen. Damit würde deutlich gemacht, dass bei Rüstungsexport-Entscheidungen nicht wirtschaftliche Interessen, sondern außenpolitische Erwägungen im Vordergrund stehen.

4. Manfred Kirscher setzt dem entgegen, dass Krieg als Mittel der Politik vollständig ausgeschlossen werden muss. Afghanistan sei ein mahnendes Beispiel dafür, dass durch Waffengewalt die Menschenrechte nicht geschützt werden. Im Gegenteil werde durch militärisches Eingreifen die Menschenrechtslage eher verschlechtert, Infrastruktur zerstört und Fluchtbewegungen ausgelöst.

Frank Krawolitzki verweist auf die aktuelle Krisenlage in der Ukraine. Die westlichen Staaten hätten mit der Westausdehnung insbesondere der NATO diese militärische Eskalation mit verursacht. Die SPD solle sich wieder besinnen auf eine Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit mit dem Osten.

Isa Paape hält die Zustimmung des Bundestags zum Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine für einen Fehler. Damit würden erste Erfolge zur Befriedung des Konflikts in den Minsker Verhandlungen gefährdet. Mehr Verantwortung übernehmen heiße für die Friedensbewegung in Erlangen:

- humanitäre Hilfen aufstocken
- zivile Friedensdienste stärken
- Rüstungsexporte verbieten.

5. Zum Abschluss des Gesprächs wird von allen Seiten der Nutzen des Informations- und Meinungsaustauschs betont. Daher wird eine Verstetigung des Gesprächs in Form eines jährlichen Treffens zwischen den Bundestagsabgeordneten und Vertretern des Erlanger Bündnisses für den Frieden ins Auge gefasst.

Gabriela Heinrich regt darüber hinaus eine Veranstaltung zu einem friedenspolitisch relevanten Thema in Nürnberg an. Dort könnten Vertreter der Friedensbewegung mit außen- und rüstungspolitische Experten der SPD zusammentreffen zum Meinungsaustausch. Dieser Vorschlag wird von allen TeilnehmerInnen begrüßt.

Für das Protokoll: Isa Paape